Bezugspreis für Sept. durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart). „Der Erzähler". „Der Frauen Welt und Heim". „Jugenbland". „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr). „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat). „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger. Warendorfer Anzeiger. Westmünsterländer Anzeiger. Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wöchentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14. Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstr. 34a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüßgen Berlin SW 48. Verl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Semmel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 6 Pfg. bei Barzahl. 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Samstag, den 24. September 1927 76. Jahrgang. Nr. 971

Die Ausschußberatungen über die Strafrechtsreform.

‡ **Berlin**, 23. Sept. **(Tel.)** Der Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform setzte heute seine Beratungen fort. Der Vorsitzende Dr. Kahl begründete die Paragraphen, die die räumliche Geltung der Strafgesetze umreißen. Der Entwurf sieht den geltenden Bestimmungen gegenüber insofern eine Erweiterung vor, als Landesverrat, von Ausländern im Ausland begangen, als Weltverbrechen dem deutschen Strafgesetz unterworfen werden soll. Auch sollen Vergehen gegen die Wehrmacht oder gegen die Volkskraft (zum Beispiel gegen Auswanderer) unabhängig von der Nationalität des Täters und dem Tatort als Weltverbrechen behandelt werden. Auch ist eine Schutzbestimmung für einen deutschen Amtsträger im Ausland vorgesehen. Es entspann sich eine lebhafte Aussprache über die Ausdehnung des Begriffs Hochverrat und Landesverrat. Im weiteren Verlaufe der Aussprache wurde ein deutschnationaler Antrag angenommen, der eine Kannvorschrift bezüglich der strafrechtlichen Verfolgung von Hochverrat und Landesverrat, der durch Deutsche im Auslande begangen wird, vorsieht, sowie ferner Verbrechen und Vergehen gegen deutsche Behörden, das Meineidsverfahren, das Verbrechen der Falschmünzerei sowie das Verbrechen des Frauen- und Kinderhandels, soweit diese Delikte im Auslande begangen werden, für unabhängig von den Gesetzen des Tatortes auch vor deutschen Gerichten für strafbar erklärt. Der Reichstags-Abgeordnete Bell gab sodann ein umfassendes Referat über den Begriff des Auslandsdeliktes sowie der Bestimmungen des neuen Strafgesetzentwurfes in dieser Frage. Nach längerer Aussprache vertagte sich der Ausschuß auf Dienstag.

Empfänge und Veranstaltungen zum 80. Geburtstage des Reichspräsidenten.

w **Berlin**, 23. Sept. **(Tel.)** Am 1. Oktober vormittags wird der Herr Reichspräsident aus den Händen einer Vertretung der Hindenburgspende die Urkunde über die Übertragung der Verfügung über die Mittel der Spende entgegennehmen. Daran wird sich ein Empfang von Abordnungen von Kriegsteilnehmer-Verbänden anschließen. — Am Abend des 1. Oktober wird der Reichspräsident voraussichtlich auf einige Zeit an einem Empfangsabend der Offiziersverbände im früheren Landwehrkasino am Zoo teilnehmen, um 9,15 veranstaltet die Reichswehr zu Ehren des Reichspräsidenten einen Zapfenstreich im Vorhof des Präsidentenhauses.

Der 2. Oktober beginnt mit einem Morgenständchen einer Reichswehrkapelle im Garten des Reichspräsidenten. Darnach wird der Reichspräsident die Kirche besuchen. Hierauf finden Empfänge statt. Es werden dem Herrn Reichspräsidenten ihre Glückwünsche darbringen: Die Reichsregierung, die Chefs der Landesregierungen mit den Bevollmächtigten zum Reichsrat, der apostolische Nuntius als Doyen des diplomatischen Korps, der Reichstagsvorstand, die Vertretung der Reichswehr und Reichsmarine, das Präsidium des preußischen Landtages, der Oberbürgermeister der Stadt Berlin und eine Abordnung von Vertretern der alten Wehrmacht, der Offiziersverbände und Traditions-Truppenteile. — Am Nachmittag wird der Reichspräsident sich zu einer feierlichen Veranstaltung der Schulen in das Stadion begeben, in Anwesenheit der Spitzen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden werden über 40 000 Schüler und Schülerinnen den Reichspräsidenten erwarten, der an ihren Reihen entlangfahren wird. Sodann wird ein 7000 Köpfe starker Schülerchor dem Reichspräsidenten eine Reihe von Liedern vortragen. Für die Hin- und Rückfahrt von und zum Stadion, ist eine Spalierbildung der Bevölkerung, sowie der Vereine, Verbände, Körperschaften usw., vorgesehen. Weitere Veranstaltungen unter Teilnahme des Reichspräsidenten sind nicht vorgesehen.

Die preußischen Anträge zum Schulgesetz beim Reichsrat.

b **Berlin**, 23. Sept. Die vom preußischen Staatsministerium beschlossenen Anträge zum Reichsschulgesetzentwurf und die von Kultusminister Dr. Becker gegebene Begründung der Anträge sind heute nachmittag, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, dem Reichsrat zugeleitet worden

Der deutsche evangelische Pfarrertag zum Reichsschulgesetz.

b **Berlin**, 23. Sept. Die Abgeordnetenversammlung des deutschen Pfarrertages nahm zum Reichsschulgesetzentwurf eine Entschließung an, in der es heißt: „Der Pfarrertag gibt der dringenden Erwartung Ausdruck, daß der jetzt gemachte ernstliche Versuch, die in der Reichsverfassung gegebenen Grundsätze, die Freiheit der christlichen Schulerziehung gesetzlich auszugestalten, wirklich gelingen möge. Das in der Reichsverfassung den Eltern gegebene Recht für ihre Kinder Schulen ihrer Weltanschauung zu fordern, muß folgerichtig den Eltern, die die evangelische Bekenntnisschule fordern, voll gewährleistet werden. Dabei verkennt in Uebereinstimmung mit der einmütigen Kundgebung des deutschen Kirchentages zu Stuttgart der deutsche evangelische Pfarrertag nicht das geschichtliche Recht der von der Gemeinschaftsschule des Entwurfes grundsätzlich verschiedenen christlichen Simultanschule, soweit sie sich in einzelnen Gebieten eingebürgert hat. Eine Wiederkehr der sogenannten geistlichen Schulaufsicht wird ausdrücklich abgelehnt."

Schulpolitische Beschlüsse des Evangelischen Reichselternbundes.

w **Berlin**, 22. Sept. Unter dem Vorsitze von Senatspräsident Radtke fand heute in Berlin eine aus allen Teilen des Reiches besuchte Führertagung des Reichsbundes evangelischer Eltern- und Volksbünde statt. Als Ergebnis der Beratungen wurde einstimmig die folgende Entschließung gefaßt:

„Wir sehen nach wie vor in dem Regierungsentwurf die Grundlage, auf der jetzt endlich das Reichsschulgesetz zustande kommen muß. Nur durch ein Reichsschulgesetz, dessen beschleunigte Beratung wir erwarten, kann unserer Schule die unbedingt notwendige Rechtssicherheit wiedergegeben und die Lösung der Schulfrage durch Konkordate vermieden werden. Eine reichsgesetzliche Regelung des deutschen Volksschulwesens darf nicht nochmals und damit endgültig scheitern. Wir verwahren uns gegen die planmäßige Irreführung der öffentlichen Meinung, die die Tatsache verhüllt, daß die rechtlich einzige mögliche deutsche Volksschule bisher eine christliche war. Unsere evangelische Schule soll nunmehr neben neuen Schularten, die wir nicht verhindern wollen, sichergestellt werden, um auch weiter als bewährte Grundlage deutscher, christlicher Charakterbildung zu dienen. Sie muß erhalten bleiben, wenn das Grundrecht, das die Reichsverfassung den deutschen Eltern gibt, ihnen nicht wieder entrissen werden soll."

Die Erklärung mündet aus in einen Appell an die Elternschaft, sich in fester Geschlossenheit einzusetzen „für dieses Reichsschulgesetz, das die Einheit der Nation festigen und die Freiheit der Gewissen gewährleisten will."

Der neue Staatssekretär im preußischen Landwirtschaftsministerium.

w **Berlin**, 23. Sept. **(Tel.)** Wie der Staatsanzeiger bekannt gibt, ist der bisherige Regierungspräsident, Hans Krüger in Lüneburg zum Staatssekretär im preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ernannt.

Das Flugzeugunglück bei Heinrichsruhe.

Sechs Todesopfer. — Die Ursachen noch nicht aufgeklärt.

Auch Bordmonteur Feiler seinen Verletzungen erlegen.

Berlin, 23. Sept.

Wie die Lufthansa mitteilt, ist inzwischen auch der schwerverletzte Bordmonteur Feiler des bei Heinrichsruhe abgestürzten Verkehrsflugzeuges D 585 seinen Verletzungen erlegen. Das beklagenswerte Unglück hat somit sechs Todesopfer gefordert.

Die Bergung der gräßlich verstümmelten Leichen machte große Schwierigkeiten. Bis um 6 Uhr abends waren zunächst die vier Passagiere geborgen, während die Leiche des Flugzeugführers und des Monteurs unter dem 10 Zentner schweren Motor begraben lagen.

Gegen 7 Uhr abends gelang es, auch den Piloten und den Bordmonteur des verunglückten Flugzeuges aus den Trümmern herauszuziehen, so daß nunmehr alle Leichen geborgen sind. Sie wurden auf einen mit Stroh bedeckten Wagen gelegt und werden im Laufe des Abends nach der Städtischen Leichenhalle in Schleiz gebracht. Die Polizei ist gleichzeitig damit beschäftigt, die bei den Toten gefundenen persönlichen Ausweise und Wertsachen zu ordnen.

*

Die Nachrichten über die größte Katastrophe, die die Lufthansa bis jetzt erlitten hat, widersprechen sich derart, daß man noch

kein klares Bild

erhalten kann und es fragt sich, ob auch die nachfolgende Untersuchung in der Lage ist, das Unglück voll aufzuklären. Augenzeugen wollen bekanntlich gesehen haben, daß das Flugzeug ohne Flügel herabgestürzt sei, andere behaupten, daß beim Aufschlagen auf den Boden der Motor explodierte, die Trümmer des Apparats in Brand geraten seien. Dazu kommt noch eine Erklärung der Lufthansa, die eine Sabotage für ausgeschlossen hält, und dieses im Zusammenhang mit der Eigenschaft v. Maltzans als Botschafter in Washington und der kürzlich erfolgten Hinrichtung von Sacco und Vanzetti. Wenn wirklich ein solcher Sabotageakt vorgelegen haben sollte, so müßte eine Reihe von unglücklichen Nebenumständen mitgewirkt haben, als daß der Flugzeugführer vor dem Start oder bald nach der Abfahrt nicht bemerkt haben sollte, daß an dem Apparat etwas nicht in Ordnung sei. Die Lufthansa erklärt ja auch, daß der Start in Berlin flugplanmäßig tadellos erfolgte, und daß nach der außerordentlich sorgfältigen Kontrolle, der jede Maschine vor ihrem Abflug unterworfen wird, erst der Beamte der Luftpolizei den Start freigegeben habe. Dazu kommt noch, daß nach etwa einstündigem tadellosen Flug das Flugzeug noch auf dem Flugplatz Halle—Leipzig ohne irgendwelche Mühe gelandet ist und auch dort der Start glatt vonstatten ging. Ferner ist der Pilot Willi Charlett, ein Mann von 35 Jahren, seit 1912 als Flieger tätig und hat im regelmäßigen Luftverkehr bis jetzt über ein Viertel Million Kilometer zurückgelegt, ohne auch nur ein einziges Mal einen Zwischenfall erlitten zu haben. Er kannte die Strecke München—Berlin auf das Genaueste und gilt dazu noch als einer der besten Verkehrspiloten der Lufthansa. Auch die Version, als Ursache des Absturzes eine Fallböe anzunehmen, soll bei der ausgezeichneten Schulung des Piloten nicht in Frage kommen. Nach der Vossischen Zeitung soll es viel wahrscheinlicher sein, daß der Flugzeugführer durch plötzliches Unwohlsein, sei es Ohnmacht oder Herzschlag, die Herrschaft über den Apparat verloren hat. Dafür spricht auch, daß beim Aufschlagen der Motor explodierte, denn der primitivste Grundsatz für jeden Flieger heißt, daß er, sobald er den Absturz bemerkt, die Zündung wegnimmt, um eine Explosion unmöglich zu machen. Dieses hätte Charlett, wenn er beim Absturz im Vollbesitz seiner geistigen und körperlichen Kräfte war, sicherlich auch getan

Die Untersuchung über die Ursache des Unglücks

ist sofort aufgenommen worden. Nachdem bereits im Laufe des Nachmittags Ministerialrat Mühlig-Hofmann vom Reichsverkehrsministerium an der Unglücksstelle eingetroffen ist, kamen gegen Abend auch zwei Vertreter der deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof an. Sie begannen sofort mit der Untersuchung der Flugzeugtrümmer, um die Ursache des Unglücks aufzuklären. Bis jetzt läßt sich nur sagen, daß die Untersuchung außerordentlich schwierig ist, da die ganze Maschine eigentlich nur einen wüsten Trümmerhaufen bildet. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Kommission naturgemäß der abgebrochenen Tragfläche des Flugzeuges, die etwa 20 bis 30 Meter vom Hauptteil des Flugzeuges entfernt liegt. Es steht jedoch schon fest, daß die Augenzeugenberichte, wonach der Flügel bereits in der Luft abgebrochen sei, mit großer Vorsicht aufgenommen werden müssen. Jedenfalls hat der bisherige Befund der Sachverständigen einen Beweis für diese Annahme noch nicht erbracht. Die Maschine ist offenbar aus einer Höhe, für die die Angaben zwischen 150 und 300 Meter schwanken, abgestürzt. Sie hat sich dann mit der Spitze mit einem furchtbaren Aufprall in den Boden eingegraben. Auch die Berichte, daß der Propeller in der Luft zersplittert sei, und eine Strebe zerschlagen habe, werden zunächst als nicht bewiesen angesehen. Man neigt vielmehr der Auffassung zu, daß der Propeller erst auf dem Erdboden zersplittert sei. Dafür sprechen auch durchaus die starken Erdkrusten an den gefundenen Propellerteilen. Da es gegen 7 Uhr bereits sehr stark dunkelte, mußte die Untersuchung abgebrochen werden. Sie wird morgen fortgesetzt. Irgend etwas Endgültiges läßt sich nach der Angabe der Sachverständigen vor morgen überhaupt nicht sagen; wenn es überhaupt gelingt, die wirkliche Ursache des Unglücks aufzuklären. Staatsanwaltschaft und Polizei haben die Trümmer des Flugzeuges mit Beschlag belegt, bis die Untersuchungen der Sachverständigen abgeschlossen sind. Im Laufe des Abends wurde die Unglücksstelle von der Polizei in weitem Kreise durch einen provisorischen Zaun abgesperrt.

Nach dem

Bericht eines Augenzeugen,

der natürlich mit Vorsicht aufzunehmen ist, konnte bereits, als das Flugzeug von Norden nach Süden die Stadt Schleiz überflog, festgestellt werden, daß der linke Flügel des Flugzeuges stärker herabhing als der rechte. Man sah dann plötzlich, wie das Flugzeug anfing zu trudeln, wie der Führer augenscheinlich nach einem günstigen Landeplatz suchte und die Maschine aus steiler Höhe abstürzte. Landwirte, die in der Nähe des etwa vier Kilometer südlich von Schleiz liegenden Luftschlößchens Heinrichsruhe an der Straße Schleiz—Hof arbeiteten, sahen, wie sich das Flugzeug unweit der Straße tief in den Ackerboden einbohrte und wie im nächsten Augenblick eine Explosionsstichflamme emporschoß, um dann allerdings bald zu verlöschen. Von allen Seiten eilte Hilfe heran. Die Schleizer Polizei nahm die notwendigen Absperrungsmaßnahmen vor. Die herbeigeeilten Ärzte konnten jedoch keine Hilfe mehr bringen. Der Anblick der Unfallstelle bot ein grauenerregendes Bild: ein Haufen wild durcheinander gemischter Gestänge; 22 Meter abseits lag der abgebrochene Flügel.

*

Das Gelände, auf dem sich das furchtbare Unglück ereignet hat, liegt zwischen Schleiz und Heinrichsruh, etwa eine halbe Autostunde von Plauen entfernt. Die Trümmer der Maschine, die

ein furchtbares Bild der Zerstörung

bilden, liegen etwa auf der Mitte eines Abhanges von etwa 1½ Meter Höhe, das von Stoppelfeld und Wald umgeben ist. In den Abendstunden sind Arbeiter dabei, das Vorderteil der Maschine frei zu legen. Die Polizei hat Mühe, die große Schar der Neugierigen in angemessener Entfernung zu halten. Aus nah und fern sind sie herbeigeeilt, so daß auf der Landstraße, die etwa 150 Meter neben der Unglücksstelle verläuft, eine lange Reihe von Autos und Motorrädern steht. Ortseingesessene erzählen, daß, nachdem sie das Flugzeug kurz vorher in normalem Fluge gesehen, plötzlich ein furchtbares Getöse hörten, das offenbar von dem schweren Aufschlag herrührte. Natürlich wollen, wie immer, alle möglichen Leute alles Mögliche gesehen haben. Die Sachverständigen nehmen aber den größten Teil der Angaben mit großer Skepsis auf. Zur Stunde läßt sich ebenfalls nur sagen, daß die Ursache des Unglücks noch genau so rätselhaft wie heute mittag ist. Kein Zweifel aber, daß die Luftfahrt selbst das größte Interesse hat, die Ursache aufzuklären. In dieser Richtung werden deshalb auch alle Anstrengungen morgen mit der größten Sorgfalt fortgesetzt werden.

Bei den Dornier-Metall-Werken in Friedrichshafen

hält man es für ausgeschlossen, daß das Unglück bei Schleiz durch einen Flügelbruch verursacht worden sei. Die Dornier-Werke schicken daher noch heute einen Ingenieur zur Unfallstelle, der genaue Feststellungen machen soll. Wenn tatsächlich ein Flügelbruch die Ursache des Unglücks gewesen sein sollte, so könne dies jedenfalls nicht auf die Konstruktion des Flugzeuges zurückgeführt werden, sondern können nur auf einen Vorbereitungsfehler vor dem Start beruhen.

Zum Tode des Freiherrn v. Maltzan.

s **Berlin**, 23. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)**

Der tragische Tod des deutschen Botschafters in Washington, Frhr. von Maltzan, löst in ganz Deutschland und weit darüber hinaus schmerzliche Empfindungen aus. Rein vom Persönlichen abgesehen, erleidet die deutsche Öffentlichkeit und besonders das Auswärtige Amt einen der empfindlichsten Verluste mit, die in dem gegenwärtigen Augenblick das junge demokratische Deutschland treffen konnten. Nicht mit Unrecht betont das Beileidstelegramm des Reichspräsidenten, daß das Deutsche Reich in dem Verstorbenen einen der fähigsten Diplomaten und hervorragendsten Vertreter verliert. Auf seinem heutigen Posten als Botschafter in Amerika, war er der geschaffene Mann und wußte die Sympathien nicht nur der führenden Spitzen in Washington, sondern auch breiter Massen der amerikanischen Bevölkerung zu erringen. Amerika selbst war Herrn von Maltzan ja kein neues Gebiet, hatte er sich doch schon im Jahre 1907 als Legationssekretär in Rio de Janeiro mit den Verhältnissen in Amerika vertraut gemacht. Seine Tätigkeit 1910—1911 und 1914 im Osten — Petersburg und Peking — ließen ihn seinen Blick für die ganzen Verhältnisse des Stillen Ozeans noch erweitern. In den verschiedensten Stellungen, die er als junger Diplomat bekleidete, hat er sich als ein Mann von außerordentlicher Geschicklichkeit bewiesen. In Erinnerung ist noch die witzige Art, mit der er Deutschland über die japanische Kriegserklärung benachrichtigte, indem er ein offenes Telegramm sandte, des Inhalts, daß die Verlobung mit Miß Butterfly perfekt geworden sei. Deutschland war gewarnt.

In der schwierigsten Zeit des Krieges wurde er an die Gesandtschaft im Haag versetzt, und als das russische Riesenreich sich auflöste, als Bevollmächtigter des Auswärtigen Amtes für Estland und Lettland nach Königsberg entsandt. Er war auch wohl der erste, der um die Wende 1920 eine rußlandfreundliche Politik empfahl. Er hat diese dann später als selbständiger Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes durchgesetzt, die dann schließlich zum Vertrage von Rapallo führte. Zwei Jahre war von Maltzan alsdann Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, auch hier Gegenstand mancher Anfechtungen. Vor allem war es das offene Eintreten für die republikanischen Ideen, die ihm den Namen des roten Barons und zugleich Anfeindungen aller Art eintrugen. Als es nun galt, die deutschen Interessen in Amerika mit erhöhtem Nachdruck zu vertreten, wurde er zum deutschen Botschafter in Washington ernannt, und hat hier tatsächlich die deutschen Interessen mit Geschick und Klugheit vertreten und die Psychologie des amerikanischen Volkes für Deutschland klug und richtig einzustellen gewußt, vielmehr sich darauf eingestellt, daß diese seine Botschafterzeit für Deutschland von großem Nutzen geworden ist.

Gerade in einer Zeit, wo wieder viel zwischen Deutschland und der Entente und auch Amerika heranreift — man denke nur an das Dawesabkommen und seine Durchführbarkeit bezw. Undurchführbarkeit, Abrüstungsfragen usw. — ist dieser vorzügliche Diplomat mitten aus seinem Wirkungskreis herausgerissen worden.

*

Reichskanzler Dr. Marx

hat an Freifrau von Maltzan folgendes Beileidstelegramm gerichtet:

„Tief erschüttert erfahre ich, daß Ihr Herr Gemahl durch ein Flugzeugunglück den Tod gefunden hat. Durch Gottes unerforschlichen Ratschluß ist Deutschland eines seiner befähigsten und verdienstvollsten Beamten beraubt worden. Der Verstorbene hat in seiner langjährigen Tätigkeit im Dienste des Auswärtigen Amtes, unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit, dem Reiche wertvolle Dienste geleistet. Ein allzu früher Tod hat seinem Wirken ein vorzeitiges Ziel gesetzt. Seine Verdienste sichern ihm seitens der Reichsregierung ein ehrendes Andenken. Möge der Allmächtige Ihnen und Ihren Angehörigen Trost in Ihrem schweren Leid spenden und Ihnen die Kraft geben, den herben Schicksalschlag zu überwinden. Ich bitte Sie, die Versicherung meiner und der Reichsregierung aufrichtigsten Trauer entgegenzunehmen. Reichskanzler Marx."

Das Auswärtige Amt

veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt:

„Frühzeitig vor besonders schwierige und verantwortungsreiche Aufgaben gestellt, hat der Dahingeschiedene, den seltene staatsmännische Begabung, Vielseitigkeit des Geistes und feines Verständnis für die Psychologie fremder Nationen auszeichneten, dem deutschen Volke in schwerer Zeit die wertvollsten Dienste geleistet. Wenn für die Öffentlichkeit sein Name vor allem verbunden ist mit dem so hoch erfreulichen Wiedererstarken der traditionellen Sympathie zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, so wissen die ihm Näherstehenden, daß ihm die große Idee der friedlichen Zusammenarbeit mit allen Mächten immer als das oberste Ziel deutscher Außenpolitik vorgeschwebt hat. Sein Andenken bleibt allen lebendig, die ihn als nie ermüdenden Mitarbeiter, warmherzigen Kollegen und allzeit hingebungsvollen Diener des Vaterlandes gekannt und geschätzt haben."

Als erster der in Berlin beglaubigten fremden Diplomaten überbrachte heute in den Nachmittagsstunden der amerikanische

Botschafter Dr. Shurman

das Beileid seiner Regierung und des amerikanischen Volkes, zu dem tragischen Tode des deutschen Botschafters Freiherrn von Maltzan. Botschafter Shurman sprach zunächst in der Reichskanzlei vor, wo in Abwesenheit des Reichskanzlers, der sich heute in Magdeburg auf der Tagung des deutschen und preußischen Städtetages befindet, Ministerialdirektor Dr. von Hagenow den Botschafter empfing und ihm für den Ausdruck der Teilnahme dankte. Im Anschluß hieran begab sich der Botschafter ins Auswärtige Amt zu dem Vertreter des Reichsaußenministers, Ministerialdirektor Köpke, der ihm gleichfalls für die bekundete Anteilnahme wärmsten Dank aussprach.

Botschafter Shurman hat den Vertretern der amerikanischen Presse eine Würdigung des Botschafters Freiherrn von Maltzan gegeben, in der er erklärte, daß ihn der Tod seines Freundes von Maltzan, mit dem er sich noch am Mittwoch abend unterhalten habe, unsäglich erschüttert habe und hinzufügte: Maltzans höchster Wunsch war es, zu helfen, die durch den Krieg zerrissenen Fäden der Freundschaft zwischen dem deutschen und amerikanischen Volk zusammenzuknüpfen. Mit welchem Erfolge er sein Ziel erreicht hat, das wissen alle, die die Ergebnisse seiner Tätigkeit in Washington beobachteten. Sein Werk besteht und es wird andauern, weil es mit den edelsten Idealen der Menschlichkeit und der moralischen Weltordnung in Einklang steht.

Der Herr Reichspräsident hat folgendes

Telegramm des Präsidenten Coolidge

erhalten:

„Ich drücke Ew. Exzellenz mein aufrichtiges Beileid anläßlich des bedauernswerten Hinscheidens des deutschen Botschafters aus, der während seines Aufenthaltes in Washington seinem Vaterlande hervorragende Dienste geleistet hat. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird dem Verstorbenen nicht nur als einem Diplomaten von besonderen Fähigkeiten, sondern auch als einer Persönlichkeit, deren große Qualitäten ihm die Hochachtung aller erworben haben, ein ehrenvolles Gedenken bewahren. Ich bitte, meiner Frau und meine Anteilnahme der Baronin Maltzan zu übermitteln. Calvin Coolidge."

Staatssekretär Kellogg

würdigte, nach einer Meldung aus Washington, auf die Nachricht von der Flugzeugkatastrophe, die Verdienste des dabei ums Leben gekommenen deutschen Botschafters von Maltzan in warmen Worten. Er führte u. a. aus: von Maltzan hat hier in Washington seine Fähigkeiten bewiesen, wie er sie schon vorher in Berlin bewiesen hatte. Was er hier in den U. S. A. außerhalb seiner Amtspflichten noch anstrebte, war, erneut herzliche Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke zu schaffen. Seine Bemühungen waren im hohen Maße von Erfolg gekrönt. In den ganzen U. S. A. war er eine allgemein bekannte und beliebte Persönlichkeit.

Die Aufnahme des Todesnachricht in London.

‡ **London**, 23. Sept. **(Tel.)** Das tragische Ende des deutschen Botschafters in Washington, Freiherrn von Maltzan, hat in Londoner politischen Kreisen aufrichtiges Mitgefühl hervorgerufen. Maltzan erfreute sich bei allen, die mit ihm während seiner diplomatischen Laufbahn als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und als Botschafter in Washington in persönliche Berührung gekommen sind, allgemeiner Beliebtheit. Auch in englischen diplomatischen Kreisen läßt sich ein aufrichtiges Bedauern über das tragische Ende dieses fähigen deutschen Diplomaten feststellen.

Die Nachricht vom Tode Maltzans in Genf

‡ **Genf**, 23. Sept. **(Tel.)** Die Nachricht von dem tödlichen Absturz des Botschafters von Maltzan wurde im Laufe der heutigen Mittagsstunden hier bekannt. Sie ist von sämtlichen Mitgliedern der deutschen Delegation mit tiefster Erschütterung und größter Teilnahme aufgenommen worden. Dr. Stresemann selbst weilte bei der belgischen Delegation zum Frühstück und erhielt die Nachricht erst spät. In Kreisen der deutschen Delegation weist man einheitlich auf den außerordentlich schmerzlichen Verlust hin, den die deutsche diplomatische Vertretung im Auslande durch den Tod des Botschafters erlitten hat. Der Botschafter von Maltzan hatte es verstanden, sich in kürzester Frist in offiziellen Washingtoner Kreisen sowie auch in der breiten amerikanischen Öffentlichkeit allgemeines Vertrauen und Beliebtheit zu verschaffen. Wie verlautet, hatte der Botschafter von Maltzan ursprünglich die Absicht, am 20. sich bereits in Hamburg nach Amerika einzuschiffen, da er die Rückkehr Dr. Stresemanns nach Berlin Ende des Monats aus dienstlichen Gründen nicht mehr abwarten konnte. Aus bisher noch unbekannten Gründen hatte der Botschafter jedoch diese Absicht aufgegeben und die Flugreise nach München angetreten.

Die deutsche Delegation hat auf die Nachricht hin sofort die Teilnahme an sämtlichen Festlichkeiten, u. a. auch zu dem großen Empfang bei Briand, abgesagt. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß Reichsaußenminister Dr. Stresemann seinen Aufenthalt in Genf infolge des Trauerfalles abkürzen wird. Der Reichsaußenminister hat der Frau des verstorbenen Botschafters bereits telegraphisch seine Teilnahme zum Ausdruck gebracht.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann gab heute zu

Die Fakultativklausel von Deutschland unterzeichnet.

tu **Genf**, 23. Sept. **Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat heute nachmittag vor Beginn der Vollversammlung des Völkerbundes die angekündigte Unterzeichnung der fakultativen Klausel des obligatorischen Schiedsgerichts des Haager Internationalen Gerichtshofes vorgenommen. Wie beabsichtigt wird, soll die Unterzeichnung noch im Laufe der bevorstehenden Session dem Reichstage zur Ratifikation vorgelegt werden.**

Zu Beginn der heutigen Vollversammlung teilte Präsident Guani mit, daß der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann soeben im Namen der deutschen Reichsregierung die Fakultativklausel zum obligatorischen Schiedsgericht des Haager Internationalen Schiedsgerichtshofes unterzeichnet habe. Der Präsident erklärte, er bringe die Gefühle wohl aller Delegierten zum Ausdruck, wenn er der deutschen Delegation die lebhafte Genugtuung über diese Tatsache übermittele. Die Unterzeichnung bedeute einen Fortschritt in der Entwicklung des Schiedsgerichtswesens und der schiedsgerichtlichen Regelung von internationalen Differenzen. Der Präsident beglückwünschte sodann unter lebhaftem Beifall der ganzen Versammlung Dr. Stresemann persönlich zu der Unterzeichnung. Dr. Stresemann erklärte sodann, er wolle die Gelegenheit ergreifen, dem Präsidenten für die freundlichen Worte zu danken, ebenso der Versammlung für die freundliche Art und Weise, wie sie die Mitteilung des Präsidenten aufgenommen habe. Die Erklärungen Dr. Stresemanns wurden von der Versammlung gleichfalls mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Während der Versammlung drückte eine Reihe Delegierter, darunter als erster der schweizerische Bundespräsident Motta und der französische Außenminister Briand, Dr. Stresemann ihr Beileid zum tragischen Tode des Botschafters von Maltzan aus.

Der Bericht der Abrüstungskommission.

Genf, 23. Sept. **(Tel.)** Die Abrüstungskommission nahm heute nachmittag einstimmig den Bericht für die Vollversammlung mit den einzelnen Resolutionsanträgen an und hat damit ihre Verhandlungen abgeschlossen. Im Namen der Kommission dankte Graf Bernstorff dem Präsidenten Benesch für die energische und konziliante Führung der Verhandlungen. In einer Schlußansprache wies Dr. Benesch auf die Bedeutung der Arbeiten der Kommission hin. Die Resolutionsentwürfe würden nunmehr zusammen mit dem Bericht der Kommission als Grundlage für die weiteren Abrüstungsverhandlungen dienen. Der Redner hob die große Bedeutung dieser wesentlichen Aufgabe des Völkerbundes hervor. Die Durchführung des Abrüstungswerkes sei eines der Hauptziele des Völkerbundes und das entscheidende Mittel zur Sicherung des Friedens.

Der Bericht der dritten Kommission wird nach den bisherigen Dispositionen am Samstag der Völkerbundsversammlung vorgelegt werden.

dem Tode des Botschafters von Maltzan vor Vertretern der amerikanischen Presse folgende Erklärung ab: „Ich bin tief bewegt durch die Nachricht von dem Tode des Botschafters von Maltzan. Er war unter meiner Ministerschaft Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, und ich habe daher in täglicher Zusammenarbeit mit ihm seine großen Fähigkeiten und staatsmännischen Eigenschaften kennen gelernt. Maltzan hat diese großen Eigenschaften erneut bewiesen, als er die schwierige Aufgabe übernahm, Deutschland in Washington zu vertreten. Nach allem, was ich inzwischen von meinen amerikanischen Freunden hörte, ist es ihm in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, sich das Vertrauen und die Freundschaft maßgebender amerikanischer Kreise zu erwerben und dadurch die guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland in wirksamer Weise zu fördern und zu entwickeln. Die große Wertschätzung, die die deutsche Öffentlichkeit ihm entgegenbrachte, trat zutage, als der Botschafter vor kurzem seinen 50. Geburtstag in Deutschland beging. Sein Tod reißt eine große Lücke in den auswärtigen Dienst des Deutschen Reiches und wir beklagen bei seinem Heimgang den Verlust eines der fähigsten deutschen Diplomaten der Gegenwart."

In einer Sitzung der deutschen Delegation widmete Reichsaußenminister Dr. Stresemann dem Gedächtnis des verstorbenen Botschafters von Maltzan folgende Worte:

„Ich möchte die Gelegenheit unseres Zusammenseins benutzen, um des schweren Verlustes zu gedenken, den wir durch den so jähen und unerwarteten Tod des Herrn Botschafters von Maltzan erlitten. Jeder, der den Verstorbenen gekannt hat, weiß, welche starke und große Persönlichkeit in ihm dahingegangen ist. Auch in Zeiten, in denen er im Auswärtigen Amt eine Stellung bekleidete, die nicht zu den ersten und leitenden gehörte, hat er der Arbeit, die er leistete, seinen Stempel aufzudrücken gewußt. Er war maßgebend und wegweisend für viele Entscheidungen unserer Außenpolitik. Als er Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war, habe ich täglich mit ihm gearbeitet und dabei feststellen können, welche großen Gaben des Geistes ihm gegeben waren. Als er nach Washington ging, stand er vor einer schwierigen Aufgabe. In unverhältnismäßig kurzer Zeit ist es ihm gelungen, sich dort seine große Position zu verschaffen, Beziehungen anzuknüpfen und Vertrauen und Freundschaften zu erwerben, die den Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zugute gekommen sind. Wir hofften, daß er, der auf der Mittagshöhe des Lebens stand, in der Lage sein würde, in seiner heutigen Stellung und vielleicht in anderen großen Tätigkeiten noch vieles für Deutschland auf Grund seiner Erfahrungen und Fähigkeiten zu wirken. Es ist so unendlich schmerzlich, sich vorstellen zu müssen, wie seine Frau ihn erwartet, um mit ihm zusammen die Rückreise nach Washington anzutreten, und dann statt des Gatten die Nachricht von seinem Tode erhält. Ich glaube, es gibt viele unter uns, vielleicht sind es die meisten, die ihm auch persönlich näher standen und deshalb nicht nur den Tod des Diplomaten, sondern auch den Tod des Freundes beklagen. In diesem Sinne möchte ich seinem Gedächtnis diese Worte weihen. Sein Andenken wird in uns unvergessen bleiben.

Frankreich und Rußland.

* **Paris**, 23. Sept. **(Tel.)** Der Stockholmer Korrespondent des „Echo de Paris" macht darauf aufmerksam, daß sich unter den Unterzeichnern der Kundgebung des Zentralkomitees der russischen kommunistischen Partei außer dem Leiter der Pariser russischen Botschaft, Rakowski, auch der Leiter der russischen Delegation für die russisch-französischen Wirtschafts-Verhandlungen, Piatakow, und der russische Botschafter beim Quirinal, Kamenew, befindet. Das Blatt fügt hinzu, was die Person Kamenews anbelange, so sei es Sache Mussolinis, sich über die Opportunität des Verbleibens Kamenews als Botschafter in Rom auszusprechen. Was aber Piatakow anbetreffe, so müsse dieser die gleiche Behandlung erfahren, wie Rakowski.

Die Pariser Presse bezeichnet mit Ausnahme einiger Linksblätter die Erklärungen Litwinows über das Bestehen einer grundsätzlichen Übereinstimmung in der Schuldenfrage als sowjetistische Lügen. Das Manöver Litwinows sei von der französischen Regierung so verdächtig betrachtet worden, daß diese ihr Dementi sogar an der Börse habe anschlagen lassen, ein Fall, der sich sonst noch nie ereignet hätte. Die linksstehende „Volonté" zieht gegen die Anhänger des Abbruches der Beziehungen mit Rußland ins Feld. Sie drängten auf die Abberufung Rakowskis, der sich eifrig für das Zustandekommen einer Einigung in der Schuldenfrage einsetze, um den Abbruch dieser Verhandlungen zu erreichen.

Der Leiter der französischen Delegation für die Wirtschafts-Verhandlungen mit Rußland, Senator de Monzie, hat beschlossen, seinen Urlaub abzubrechen und nach Paris zurückzukehren.

Der „Avenir", das Blatt Millerands, erklärt einen Nichtangriffspakt zwischen Rußland und Frankreich als wertlos, wenn nicht alle westlichen Nachbarn Rußlands dem Pakt beitreten, da es sonst den Sowjetarmeen möglich sein würde, ungestraft über die Kleine Entente und Polen herzufallen.

w **Paris**, 23. Sept. **(Tel.)** Havas veröffentlicht die gestern angekündigte offizielle Auslassung der französischen Delegation für die französisch-russische Schuldenregelung. In dieser heißt es, daß von einer Verständigung nicht die Rede sein könne. Wenn auch die Ansichten der beiden Delegationen betr. den Betrag der Jahreszahlungen und wesentlicher Modalitäten für die Regelung der Schulden sich effektiv genähert hätten, bleibe andererseits die Sowjetdelegation beharrlich dabei, diese Vorschläge von der Bewilligung von Krediten abhängig zu machen, deren Betrag jedoch viel höher sei, als der Betrag der ersten den französischen Inhabern russischer Papiere angebotenen Annuitäten. Infolgedessen habe die Konferenz niemals praktisch die Kreditfrage geprüft. Solange die Sowjetdelegation bei den gleichen Ansichten beharre und so lange ein Kreditprogramm nicht aufgestellt sei, dürfe niemand behaupten, die Verhandlungen hätten zu einer vollkommenen Verständigung betr. die Schuldenregelung geführt.

Deutsches Reich

Der Reichstags-Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen.

vdz **Berlin**, 23. Sept. **(Tel.)** Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen ist auf Dienstag, 27. September, zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Behandlung der Vorschüsse auf die nach der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz zu erwartende Erhöhung der Militärrenten.

Hülfe für die emsländische Landwirtschaft!

Die Abgeordneten Grebe und Hagemann haben folgende Anfrage an die Staatsregierung gerichtet:

„Die Wetterschäden des letzten Sommers haben die fünf Kreise des Emslandes: Bentheim, Lingen, Meppen, Aschendorf und Hümmling besonders schwer heimgesucht. Die Landwirtschaft dieser Kreise ist dadurch in eine um so größere Notlage geraten, als die Überschwemmungen sich alljährlich wiederholen. Seit sechs Jahren hat der Bezirk keine normale Ernte mehr gehabt. Die Versumpfung früher hochwertiger Wiesen und Weiden macht immer größere Fortschritte; wertvolles Kulturland geht verloren. Die schlechten Ernten hatten eine starke Verschuldung im Gefolge. Nach zuverlässiger Berechnung sind in den fünf Kreisen seit der Stabilisierung der Währung an Hypotheken über 22 Millionen Reichsmark neu eingetragen. Dazu kommen noch in großem Umfange Personalkredite. Aus eigener Kraft kann sich die Landwirtschaft nicht helfen.

Ist das Staatsministerium über die Notlage unterrichtet und bereit, alle zur Linderung der Not und zur Erhaltung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit des gefährdeten Bezirks geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere

1. zu prüfen, ob der Bezirk zum Notstandsgebiet zu erklären ist; 2. zu prüfen, ob nicht wasserbauliche Maßnahmen die Überflutungsgefahr vergrößert haben; 3. die fälligen Kredite zu verlängern; 4. die Zinsen für gewährte Kredite herabzusetzen; 5. die fälligen Steuern zu stunden und niederzuschlagen und die Reichsregierung zu der gleichen Maßnahme zu veranlassen; 6. mit Nachdruck darauf hinzuwirken, daß bei der geplanten Erbreiterung des Dortmund-Ems-Kanals, sowie bei allen wasserwirtschaftlichen Fragen das Interesse der Landeskultur voll gewahrt wird.

Der vom vorläufigen Reichswirtschaftsrat gebildete Arbeitsausschuß für das Kriegsschädenschlußgesetz empfing die Vertreter der Geschädigtenverbände, um sie als Sachverständige über den Regierungsentwurf zu hören.

15. Deutscher Städtetag in Magdeburg.

Reden des Reichskanzlers und des Reichsfinanzministers.

‡ **Magdeburg**, 23. September.

In der neuen Stadthalle trat heute vormittag um 10 Uhr die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages zusammen. Rund 1400 Städtevertreter sind erschienen. Die Reichsregierung ist durch Reichskanzler Dr. Marx und Reichsfinanzminister Dr. Köhler vertreten, die preußische Regierung durch Innenminister Grzesinski und Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer. Unter den zahlreichen Parlamentariern, die den Verhandlungen beiwohnen werden, sieht man auch den Reichstagspräsidenten Loebe. Weiter sind zugegen der frühere Reichskanzler Dr. Luther und die früheren Reichsminister Dr. Scholz und Dr. Külz, sowie der Präsident des preußischen Landtages, Bartels.

Das Ausstellungsgelände, auf dem sich die Stadthalle befindet, ist in den Farben des Reiches, der Länder und der Stadt Magdeburg beflaggt.

Die Tagung wurde durch eine Ansprache von Oberbürgermeister Boeß, Berlin, eröffnet. Der Redner betonte, daß die Hauptversammlung in einem bedeutungsvollen Augenblick zusammengetreten sei, da gerade in letzter Zeit von Reich und Länderregierungen Maßnahmen ergriffen worden seien, die einen Angriff auf die Selbstverwaltung der Gemeinden darstellten.

Von lebhaftem Beifall begrüßt, nahm

Reichskanzler Dr. Marx

das Wort zu einer Ansprache. Die Tagung der deutschen Städte, so erklärte er u. a., ist von Tagung zu Tagung in ihrer Bedeutung gestiegen, so daß es für die Reichsregierung sowie die Länderregierungen durchaus geboten ist, mit größtem Interesse den Verhandlungen dieser überaus bedeutsamen Tagung zu folgen. Infolge der plötzlichen Umwälzung der letzten Jahrzehnte ist eine Fülle außerordentlich wichtiger und mächtiger Probleme auf die Schultern der deutschen Städte gelegt worden. Soziale, finanzielle und wirtschaftliche Umgestaltungen fast unserer gesamten Verhältnisse äußerten sich auch in einer überaus schweren Belastung in den Verwaltungen der Städte. Aber mit vorbildlicher Entschiedenheit und gutem Erfolg haben sich die städtischen Verwaltungen der Bearbeitung dieser Aufgabe unterzogen und zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens beigetragen. Wenn auch das Ziel noch nicht erreicht ist, so sind wir durch die Verdienste der Städte doch weiter gekommen. Hier entsteht das große Problem eines gerechten Lastenausgleiches zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Vor uns steht vor allem das schwierige Problem der Abgrenzung des Eigenlebens der Städte neben den Ländern und dem Reich. Niemand, der die starke Verwurzelung unseres reichen Kulturlebens in dem Leben der Städte kennt, möchte hier eine Beschränkung eintreten lassen, die nicht von höheren, überaus zwingenden Staatsnotwendigkeiten diktiert ist. Es muß vor allem die Aufgabe kluger Politik sein, hier einen Ausgleich zu schaffen zwischen dem Wünschenswerten und auf der andern Seite die Grenze innezuhalten des tatsächlich Möglichen, um innerhalb dieser Grenze das Höchstmaß von Kraftentwicklung zu erreichen. (Zuruf.) Das ist höchste Staatsgesinnung, trotz des Einspruchs, den billigen Ausgleich zu finden zwischen dem tatsächlich Staatsnotwendigen und dem Wünschenswerten. Der Weg ruhiger Entwicklung, der allein zum Ziele führen kann, ist der Weg, den die großen Städte bis jetzt gegangen sind, und davon werden sie sich, so Gott es will, nicht abbringen lassen. (Zuruf.) Ich werde mit großer Aufmerksamkeit Ihren Darlegungen folgen und dem Reichskabinett Bericht erstatten. Ich bin überzeugt, daß die Worte, die hier gesprochen werden, die größte Aufmerksamkeit finden und sobald wie möglich zu weiteren Maßnahmen führen werden. In diesem Sinne begrüße ich Ihre Beratungen und wünsche Ihnen die besten Erfolge. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf hielt

der Präsident des Städtetages, Dr. Mulert,

ein umfassendes Referat über die schwebenden kommunalpolitischen Probleme. Er wandte sich zunächst gegen die Beschränkung der Gemeinden in der Aufnahme von Auslandsanleihen. Die Gemeinden wünschten nichts weniger als auf dem Gebiete der Realsteuern die Wirtschaft pflegsamer behandeln zu können. Dazu gehöre aber ein besserer Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Dr. Mulert polemisierte dann gegen die Auffassungen des Reparationsagenten, um weiter eingehend nachzuweisen, daß der größere Teil der Gemeindeausgaben zwangsläufig sei. Allein die Fürsorgelasten machten heute das Fünf- bis Sechsfache gegenüber dem Frieden aus. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Präsidenten über den Charakter der Realsteuern. Diese ließen sich nur im Rahmen eines neuen Finanzausgleiches senken, um so mehr, als durch die Besoldungsreform die Gemeinden vor neuen großen Mehrausgaben ständen. Schließlich wandte sich Dr. Mulert gegen das Nebeneinanderarbeiten der verschiedenen Ministerien in Kommunalfragen und forderte die Schaffung einer zentralen Kommunalabteilung im Reichsinnenministerium.

Im weiteren Verlauf der Beratungen nahm

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

das Wort. Der Wiederaufbau Deutschlands, so betonte er, könne nur durch den bewußten Willen zum Leben geschaffen werden. Niemand werde bestreiten wollen, daß an dem Wiederaufbau Deutschlands der Hauptanteil den Gemeinden zufalle. Selbstverwaltung und Selbstverantwortung seien ein wichtiges Gut. Selbstverwaltung könne aber nie Selbstzweck sein, sondern nur Mittel zum Wohle der Gesamtheit des Volkes. Unter großer Heiterkeit erklärte Dr. Köhler, er müßte den Forderungen der Gemeinden gegenüber das Wort aus den Meistersingern anwenden: „Verachtet mir die Länder nicht!" Das große Problem: Unitarismus und Föderalismus gehe nicht nur um Wirtschaftsgrenzen und Betätigungskompetenzen, es gehe dabei vielmehr um die Seele vieler Millionen deutscher Volksgenossen, besonders in Süddeutschland; es gehe um die Einheit des deutschen Volkes. Man müsse in dieser Frage besonders vorsichtig sein. Durch die Reparationslasten sei die allgemeine Belastung von Ländern und Gemeinden naturgemäß hervorgerufen. Das Steueraufkommen reiche heute nicht mehr aus, um den Aufgaben der Gemeinden gerecht zu werden. Das Steuervereinheitlichungsgesetz verdanke seine Entstehung nicht einer länder- oder gemeindefeindlichen Einstellung, sondern ist die logische Fortsetzung der Politik der Steuervereinfachung und der endgültigen Regelung der Realsteuern. Es müsse der deutschen Wirtschaft ermöglicht werden, jederzeit im großen und ganzen sich ein genaues Bild über die Realsteuern machen zu können. Dieselbe Möglichkeit müsse dem Steuerschuldner verschafft werden. Schließlich müsse auch darauf hingewiesen werden, daß das Ausland wiederholt über die Unübersichtlichkeit der deutschen Steuerverhältnisse geklagt habe. Der Minister betonte in diesem Zusammenhang, daß Deutschland keine Ursache und keine Absicht habe, etwa seine Steuerverhältnisse nicht klar hervortreten zu lassen. Das Steuervereinheitlichungsgesetz müsse auch als Vorarbeit für den endgültigen Finanzausgleich unter allen Umständen verabschiedet werden. Man könne nicht einerseits fortgesetzt in Deutschland die Vereinfachung und Reform der öffentlichen Verwaltung verlangen und andererseits eine Kritik an dem Steuervereinheitlichungsgesetz üben, das gerade diese Reform durchführen soll. Dr. Köhler erläuterte dann die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes und erklärte, daß von einer 20prozentigen Senkung der Realsteuer, von der gelegentlich hier gesprochen worden sei, keine Rede sein könne, wenn auch die Reichsregierung die Absicht habe, eine allgemeine Senkung der Realsteuer herbeizuführen. Nur durch entschlossenes Handeln sei es möglich, den wechselnden Strom der wirtschaftlichen Entwicklung der großen Finanzpolitik des Reiches unterzuordnen. Für die Wirtschaft bestünden die Fundamente, mehr aber nicht. Unsere Währung sei gefestigt. Wenn die Reichsregierung zu Beschränkungen in den Ausgaben ermahne und namentlich vor kurzfristigen Verpflichtungen warne, so wolle sie nicht die private oder öffentliche Wirtschaft drosseln. Die dauernde Verschuldung sei eine schwere Gefahr, da müsse die Reichsregierung eingreifen. Die Mahnung zur Sparsamkeit gelte nicht den Gemeinden allein, sondern auch den Ländern und erst recht dem Reiche. Das sei auch das Ziel des steuerlichen Vereinfachungsgesetzes. Auch der Paragraph 9 des Finanzausgleichsgesetzes, der bei gewissen Ausgaben Bindungen bietet, solle vereinfacht werden. Die Festsetzung der Bindungen sei aber ganz in die Hände der Länder gelegt. Im übrigen stelle die Reichsregierung Grundsätze auf, die beachtet werden sollten, aber nicht beachtet werden müßten. Die Länder sollten darüber beschließen, im Zusammengehen mit den Gemeinden. Auch bezüglich der Berechnung nach dem Ertrag oder nach der Lohnsumme usw. sei die Entscheidung in die Hände der Länder gelegt. Der Charakter der Grund- und Gewerbesteuer müsse aufrechterhalten werden, aber die weiteren Bestimmungen müßten den Ländern überlassen bleiben. Jede Uniformierung liege dem Entwurfe fern, aber die Vereinheitlichung sei so wichtig, daß eine Beschränkung der örtlichen Bewegungsfreiheit unter Umständen mit in Kauf genommen werden könne. Er sei, so schloß der Minister unter lebhaftem Beifall, zur Vereinfachung bereit und hoffe, daß die großen Selbstverwaltungskörper ihm die Hand reichen und dafür sorgen würden, daß auch auf diesem Gebiet ein wirklicher Fortschritt erreicht werde.

Der preußische Innenminister Grzesinski

erklärte, in ihm als Kommunalminister fänden die Städte einen warmen Anhänger der kommunalen Selbstverwaltung, die gerade in unseren demokratischen Staaten das beste Mittel zur Erziehung des Staatsbürgers sei. Ueberrascht habe ihn, so betonte der Minister, die Forderung, beim Finanzausgleich die Länder auszuschalten. Auch durch die Verbindung mit dem Reich bekämen die Gemeinden keinen Pfennig mehr. Für die staatsrechtliche Verbindung der Gemeinde mit dem Reich bestehe noch nicht die nötige Voraussetzung der einheitlichen Meinung. Die Selbstverwaltung und ihre Rechte müßten da aufhören, wo es das Interesse des Staatsganzen fordere. Das sei der Fall bei der viel angefeindeten Notverordnung des preußischen Staates über die Reichsfarben gewesen. Die preußische Staatsregierung wolle die Gemeinden nicht kleinlich bevormunden, müsse aber die Interessen des Staates wahren. Sie wolle ein gemeinsames Band, das nicht hemme, sondern binde.

Oberbürgermeister Boeß, Berlin, gab dann bekannt, daß bei dem heutigen Flugzeugunglück der hochverdiente Botschafter von Maltzan den Tod gefunden habe. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen.

Der Hauptversammlung liegt eine

Entschließung

des Vorstandes vor, in der es u. a. heißt: Die in Magdeburg versammelten Vertreter der deutschen Städte erheben im Namen der von ihnen vertretenen mehr als 30 Millionen deutscher Bürger die Forderung, daß bei der im Gange befindlichen Umgestaltung der innerstaatspolitischen Verhältnisse die Lebensnotwendigkeiten der deutschen Städte berücksichtigt werden. Die finanzielle und Verwaltungsstellung der Gemeinden hat sich in der Nachkriegszeit wesentlich verschlechtert. Das Reich regelt in ständig zunehmendem Maße unmittelbar die Gemeindeangelegenheiten, ohne dabei den Lebensinteressen der Gemeinden genügend Rechnung zu tragen. Sollen hieraus nicht schwere Nachteile für das Staatsganze erwachsen, so muß diese Ausdehnung der Zuständigkeit und gesetzgeberischen Betätigung des Reiches ihre folgerichtige Ergänzung in einer weitgehenden Dezentralisation der Verwaltung und in einer unmittelbaren staatsrechtlichen Verbindung der Gemeinden zum Reiche finden. Die ausreichende Beteiligung der Gemeinden im Reichswirtschaftsrat ist eine dringende weitere Forderung. Die deutschen Städte legen auch auf enge dauernde Fühlung mit dem Reichstag besonderes Gewicht. Die Städtevertreter verlangen aber auch, daß die finanzielle Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Städte wiederhergestellt werden. Trotz steigender Belastung mit inneren Zinslasten sind die den Städten übriggebliebenen Einnahmequellen immer wieder verkürzt worden. Von Reichsregierung und Reichstag erwarten sie, daß nicht nur jede Verschlechterung ihrer Finanzlage unterlassen wird, sondern daß den sich aus der Reichsfinanzstatistik ergebenden Folgerungen durch Abänderung des Finanzausgleiches Rechnung getragen wird. Die Besoldungserhöhung und die Durchführung von neuen Gesetzen sind ohne Abänderung des Finanzausgleiches zugunsten der Gemeinden oder ohne Erhöhung der gemeindlichen Steuern und Tarife unmöglich. Die Frage der endgültigen Gestaltung der Hauszinssteuer muß auch im Hinblick auf die in den Städten besonders dringende Wohnungsnot entschieden werden. Die in Aussicht genommene Vereinheitlichung des Realsteuerrechtes hängt mit dem endgültigen Finanzausgleich untrennbar zusammen. Die Vergnügungssteuer muß den Gemeinden ungeschmälert erhalten und die gemeindliche Getränkesteuer unverzüglich ausgebaut werden. Die Vertreter der deutschen Städte beanspruchen, daß den deutschen Städten die organisatorische und finanzielle Voraussetzung geschaffen wird, ihnen ihre öffentlich-rechtliche Aufgabe möglich zu machen und damit am Aufstieg Deutschlands mitzuwirken.

Es folgte eine eingehende Aussprache, in der die einzelnen Gruppen ihre Stellungnahme darlegten.

Präsident Mulert schlug dann eine Kundgebung vor, in der der bitteren Enttäuschung Ausdruck gegeben wird, daß noch immer deutsches Land von fremden Truppen besetzt ist. Wir fordern mit allem Nachdruck, daß der deutsche Rechtsanspruch auf Räumung der besetzten Gebiete endlich erfüllt werde, ohne daß hierfür irgend welche weiteren Zugeständnisse gemacht werden.

Die Entschließungen des Vorstandes sowie die Rheinland- und Saarkundgebung wurden gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. An den Reichspräsidenten wurde ein Glückwunschtelegramm gesandt.

Am Samstag findet der Preußische Städtetag statt.

Aus aller Welt.

Die römische Frage.

b **Berlin**, 22. Sept. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen einiger italienischer Blätter darüber, daß angesichts des großen Entgegenkommens der faszistischen Regierung gegenüber der Kirche die römische Frage als gelöst zu betrachten sei, erklärt, wie die Abendblätter aus Rom melden, der vatikanische offiziöse „Osservatore Romano" in einem Leitartikel: Die Römische Frage kann solange nicht als gelöst betrachtet werden, als nicht die volle politische Freiheit des Papsttums in unzweideutiger Weise sichergestellt ist. Es genügt nicht, daß diese Sicherstellung erfolgt durch Gewährung oder durch die diplomatische Praxis einer Regierung oder einer Partei, sondern sie muß einwandfrei festgestellt sein durch die juristische und allgemein anerkannte Lage des Heiligen Stuhls. Solange das nicht der Fall ist, muß im Prinzip der Gegensatz zwischen dem heiligen Stuhl und Italien als weiter bestehend angesehen und auch von den anderen Völkern und Regierungen als weiter bestehend anerkannt werden. Der „Osservatore Romano" erkennt aber an, daß Schärfen und Härten, die in dem Verhältnis zwischen dem Heiligen Stuhl und der italienischen Regierung bestanden hätten, durch die faszistische Regierung gemildert worden seien. Dies könnte aber an dem wahren Stand der Dinge nichts ändern.

Der Mörder des Emigranten Trajkowitsch bereits nach Moskau abgeschoben.

\# **Warschau**, 23. Sept. Erst heute wird die überraschende Nachricht bekannt, daß die beiden Mörder des Emigranten Trajkowitsch in der Sowjetgesandtschaft bereits in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch dieser Woche mit Genehmigung der polnischen Behörden Warschau verlassen haben und nach Moskau abgeschoben worden sind. Diese merkwürdige Maßnahme, die die Aufklärung der geheimnisvollen Vorgänge in der russischen Gesandtschaft verhindert und die drei Tage geheimgehalten wurde kommt deshalb vollständig überraschend, weil die sowjetrussische Gesandtschaft noch vor zwei Tagen erklärt hatte, daß sie alles tun wolle, um die Angelegenheit aufzuklären. Eigenartig ist auch, daß die Ausreise der beiden Mörder mit Genehmigung der polnischen Behörde erfolgt ist. Kurz vor der Abreise hatte noch eine Vernehmung durch den Untersuchungsrichter stattgefunden.

Neuerrichtung deutscher Schulen in der Tschechoslowakei.

w **Prag**, 23. Sept. **(Tel.)** In der letzten Sitzung des Landesschulrates für Böhmen, wurde die Neuerrichtung von 100 deutschen Parallelklassen beschlossen. Ferner wurde beschlossen: Die Errichtung einer deutschen Bürgerschule in Oberdorf bei Komotau, einer Volksschule in Radlitz, zweier Zweigschulen in Himmelreich bei Asch und in Kamnitz-Leuthen. Auch dem deutschen Kulturverband wurde die Errichtung neuer Privatschulen bewilligt.

Das Fehlen der reichsdeutschen Flagge auf der Prager Mustermesse.

‡ **Prag**, 21. Sept. Die Prager deutschen Blätter geben in nicht mißzuverstehendem Tone ihrer Verwunderung darüber Ausdruck, daß die reichsdeutsche Flagge schwarz-rot-gold, die bekanntlich auch die Flagge der Sudeten-Deutschnationalen ist, bei der eben stattfindenden Prager Messe, wie schon einmal gegenüber den anderen Flaggen, stark vernachlässigt wird. An die Prager Hoteliers, die zu Ehren der Besucher der Prager Mustermesse geflaggt haben, wird besonders die Frage gerichtet, warum neben den Flaggen aller möglichen anderen Staaten, ausgerechnet die reichsdeutsche Flagge fehle. Es sei dies um so sonderbarer, da gerade die Reichsdeutschen das weitaus größte Kontingent aller ausländischen Messebesucher darstellen.

Jugoslawischer Protest in Sofia.

‡ **Wien**, 23. Sept. **(Tel.)** Wie die „Neue Freie Presse" aus Belgrad meldet, richtet die von der jugoslawischen Regierung im Zusammenhang mit dem Überfall auf den Saloniki-Belgrad-Schnellzug in Sofia überreichte Note die Aufmerksamkeit der bulgarischen Regierung auf das verbrecherische Treiben der Banden und verweist darauf, daß nach amtlichen Feststellungen die Mitglieder dieser Banden ausschließlich bulgarische Untertanen seien. Die Note erinnert an das in Genf abgegebene Versprechen des bulgarischen Außenministers, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es trotz der vom mazedonischen Revolutionskomitee gemachten Schwierigkeiten gelingen werde, die in der Note angeführten Forderungen auf gütlichem Wege zu erfüllen, da sonst in der erfreulichen Annäherung der beiden Völker eine bedauerliche Störung eintreten würde.

Blutiger Streit zweier Konsuln.

b **Berlin**, 23. Sept. **(Tel.)** Wie die Morgenblätter aus Madrid melden, hat der englische Vizekonsul in Almeira, Harrison, den griechischen Vizekonsul Lengo, mit dem er seit längerer Zeit im Streit lebte, durch einen Revolverschuß schwer verwundet. Harrison wurde verhaftet.

Aus der Stadt.

Münster, 24. September.

+ **Umleitung des D-Zuges 94 Hamburg—Köln.** Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt uns mit: Wir machen darauf aufmerksam, daß trotz der von uns bereits bekanntgegebenen Umleitung des D-Zuges 94 Hamburg—Köln an den Sonntagen des 25. September und 9. Oktober aus Anlaß der Auswechselung der Weserbrücke bei Dreye über die Strecke Bremen—Minden—Hamm die Reisenden von Osnabrück und Münster nach Hamm—Köln Gelegenheit haben, einen Ersatz-D-Zug zu benutzen, der im Plane des D. 94 (Osnabrück ab 11,10 Uhr, Münster ab 11,57) verkehrt und in Hamm den Anschluß an den umgeleiteten D 94 erreicht.

⊕ **Theater der Stadt Münster.** In der Aufführung des „Lohengrin" am heutigen Samstag singt die Titelpartie der Heldentenor Gustav de Loor vom Stadttheater Düsseldorf als Gast. Am Sonntag veranstaltet das Stadttheater die erste Morgenfeier in dieser Spielzeit. Pater Muckermann, der geschätzte Literat und Herausgeber der Monatsschrift „Der Gral", ist zu dieser Morgenfeier als Redner gewonnen. In Anlehnung an die augenblicklich auf dem Spielplan stehende Aufführung von Ibsens „Peer Gynt" wird Pater Muckermann über dieses große Werk des norwegischen Dichters sprechen. So ist den Besuchern der Vorstellungen die einzigartige Möglichkeit geboten, durch den Vortrag noch inniger mit dem Geist und Gehalt der Dichtung vertraut zu werden. Die Morgenfeier beginnt um 12 Uhr und wird um 13 Uhr beendet sein. Karten an der Kasse zum Preise von 50 Pfg. Am Abend bringt der Sonntag zum ersten Male die Operette „Jugend im Mai" von dem bekannten Komponisten Leo Fall. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen: Mary Daalen, Kläre Gadebusch, Luise Berthold, Alice Gerstl und die Herren: Walter Jooß, Julius Kiefer, Werner Schnicke, Paul Pape, Ludwig Pötsch Erwin Parker und Anton Imkamp. Die musikalische Leitung hat Gustav Schlemm, die Tänze sind von Toni Stein einstudiert. Beginn der Vorstellung 19,30 (7,30) Uhr Preise 4.

Vermischtes.

* **Mord und Selbstmord.** München, 22. Sept. Der 35 Jahre alte Schuhmacher Johann Ries lauerte gestern abend in einem Hause der Hohenzollernstraße der dort bei ihren Eltern wohnenden 30 Jahre alten Stickerin Karolina Bogner, die vor einigen Tagen seinen Liebesantrag abgewiesen hatte, auf und tötete sie durch einen Schuß in den Kopf. Der Täter flüchtete durch mehrere Straßen und gab auf seine Verfolger einige Schüsse ab, ohne jedoch zu treffen. Schließlich sprang er über einen Zaun und tötete sich durch einen Schuß in den Kopf.

* **Strandung eines holländischen Dampfers.** London, 22. Sept. Nach einer Reutermeldung von gestern abend ist der holländische Dampfer Amerort (7733 Tonnen) bei Antigua (Britisch-Westindien) gestrandet. Der Meldung zufolge begaben sich die Passagiere in die Rettungsboote des Schiffes.

Die Kinderlähmung in Leipzig.

\# **Leipzig**, 23. Sept. Vom 21. bis 22 September sind in Leipzig 10 neue Fälle spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Davon wurden fünf in Krankenhausbehandlung genommen. Zwei Kranke sind neuerdings gestorben Die Gesamtzahl der Kranken betrug bis zum 22. September abends 105. Davon waren in Krankenhausbehandlung 73, gestorben sind insgesamt 18. Von den 105 Erkrankten sind 66 kleine Kinder, 31 Schulkinder einschließlich Berufsschüler und 8 Erwachsene.

* Zum Brande des kanadischen Missionshauses.

Wie bereits kurz mitgeteilt, ereignete sich in einem abgelegenen Missionshause in Kanada am Montag eine furchtbare Tragödie, der eine Nonne und 19 Kinder zum Opfer fielen.

Über das Unglück wird folgendes gemeldet: In der katholischen Beauval-Mission am See La Plonge, wo 63 Indianerkinder untergebracht sind, brach Feuer aus. Die Kinder befanden sich im tiefsten Schlaf, als der Brand gegen Mitternacht im Schlafraum der Knaben entstand. Da das Gebäude ganz aus Holz gebaut war, konnten sich die Flammen sehr schnell ausbreiten. Es brach eine Panik aus. Während die Nonnen und Mönche versuchten, die schreienden Knaben zu retten, sprangen Kinder, die in den noch nicht brennenden Räumen untergebracht waren, in ihrer Verzweiflung in den See, an dem das Missionshaus lag, oder versuchten, ins Freie hinauszurennen. Die Mönche und Nonnen drangen inzwischen in den Schlafraum der Knaben ein. Aber es war bereits zu spät. Die furchtbare Hitze verhinderte alle Rettungsarbeiten, und sämtliche 19 Insassen des Schlafraumes verbrannten. Außerdem kam eine der Nonnen bei den Rettungsversuchen ums Leben, und ein Priester wurde schwer verletzt. Das Gebäude brannte in kürzester Zeit völlig nieder.

Luftfahrt.

Könnecke weitergeflogen.

+ **Berlin**, 23. Sept. Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt" aus Angora berichtet, ist Könnecke heute morgen kurz nach 5 Uhr in Begleitung des Grafen Solms und des Funkers Hermann zum Weiterfluge aufgestiegen Die nächste Etappe soll Basra sein.

Eine deutsche Flugbasis in Neufundland.

+ **Berlin**, 23. Sept. Wie die Abendblätter aus Harbor Grace auf Neufundland berichten, sind dort drei Vertreter einer deutschen Transportgesellschaft zur Vorbereitung eines deutschen Transatlantikfluges eingetroffen. Es wurde eine Werft gepachtet, die für die Reparatur von Wasserflugzeugen sowie für die Aufnahme von Gasolinvorräten eingerichtet wird. Die Vorbereitungen sollen von einer deutschen Schiffahrtsgesellschaft veranlaßt worden sein. Der Start ist innerhalb der nächsten Woche geplant.

Levine in Wien gelandet.

+ **Wien**, 23. Sept Levine, der heute morgen von London mit seinem Piloten Hinchliffe zum Indienflug gestartet war, ist heute nachmittag 17,56 Uhr mit der „Miß Columbia" nach glattem Flug auf dem Flugfeld Aspern gelandet und gedenkt morgen früh den Flug nach Indien fortzusetzen.

Schachkampf Aljechin—Capablanca 1:1.

+ **Berlin**, 23. Sept. Nach einer Meldung der Abendblätter aus Buenos Aires ist es Capablanca gelungen, das dritte Spiel gegen Aljechin zu gewinnen. Da ein Spiel unentschieden verlief, ist der Stand der Spiele somit 1:1.